

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/56

Hannover, 12. Mai 1948

Die Sozialdemokratie und die Ellwanger Beschlüsse

Dr. Walter Menzel,
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Geheimnisse um die sog. Ellwanger Beratungen sind gelüftet. Die betroffenen Kreise sind peinlich berührt, nachdem sie feststellen mussten, dass der Widerhall insbesondere in den Kreisen der jungen Generation, nicht so war, wie man es erhofft hatte. Wäre die Resonanz positiver gewesen, hätte man den angeblichen "Vertrauensbruch" sicher begrüßt.

Als erster auf dem Plan erschien der Zonenbeirat in Hamburg. Hier waren auf Antrag der SPD nicht nur die Vertreter der CDU, sondern sogar die Abgesandten der sehr föderalistischen Deutschen Partei damit einverstanden, dass man durch eine Presserotiz von den Ellwanger Beschlüssen abrückte, wenn man sie auch nicht ausdrücklich erwähnte.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie ist seit langem geklärt. Sie hat bereits auf ihrem Parteitag 1947 einmütig klare Grundsätze herausgegeben, wie sie die staatliche Zukunft Deutschlands sieht.

Diese "Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik" beginnen mit dem klaren Bekenntnis, dass jede Verfassung die künftige Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbunde berücksichtigen müsse, und dass die Verfassung ferner Bestimmungen enthalten soll, die es ermöglichen, Hoheitsrechte im Rahmen allgemeiner Vereinbarungen auf internationale Einrichtungen zu übertragen. Nur dieses Bekenntnis berechtigt die Sozialdemokratie zu der ebenfalls an die Spitze dieser Richtlinien gestellten Forderung gegenüber den Alliierten, jede Annektion deutschen Bodens zu unterlassen. Wir Sozialdemokraten vermischen in den Ellwanger Beschlüssen ein derartiges Bekenntnis zu einer europäischen Union und zu einer etwaigen künftigen Weltregierung. Wir haben den Blick auf den Einbau des deutschen Volkes gerichtet. Aber jene Ellwanger Geister scheinen sich in der Vorstellungswelt eines Deutschland, wie es um 1815 gewesen ist, erschöpfen zu wollen.

Kann es daher jemand wundern, dass sich vor allem die Jugend von solchen Ideologien abwenden wird? Die Jugend denkt nicht ländermässig; sie denkt im guten Sinne deutsch und unsere Aufgabe kann es nur sein, zu erreichen, dass sie eben im guten Sinne und nicht im nationalistischen Sinne deutsch denkt.

Daher verlangt die SPD mit Recht, dass die Verfassungen der Länder nichts enthalten dürfen, was der Einheit entgegenstehen könnte, Reichsrecht muss Länderrecht brechen. Dabei verkennt sie nicht, dass der Aufbau des deutschen Bundesstaates föderative Elemente (aber nicht überspitzt föderalistische) enthalten soll. Das kann vor allem auf den Gebieten des Kulturellen der Fall sein.

Niemals aber sollte man verkennen, dass jede Atomisierung der Macht einer künftigen gesamtdeutschen Regierung inner- und ausserdeutsche Gefahren in sich bergen muss. Hitler und seine Bewegung sind über die "Länderreservate" unter der Weimarer Verfassung zur Macht gelangt. Sein Kampf gegen die "Preussen" war sein Sprungbrett, um zunächst Süddeutschland gegen Berlin zu mobilisieren und um es zum Aufmarschgebiet der "Konterrevolution" von 1933 zu machen. Hätten die damaligen Regierungen in Berlin die erforderlichen verfassungsmässigen Machtmittel besessen, wahrscheinlich wäre der bittere Kelch an dem deutschen Volke vorübergegangen.

Im übrigen wäre es paradox, den Anschluss Deutschland an die Weltwirtschaft zu fördern, aber innerhalb unserer Grenzpfähle Wirtschaft und Politik ländermässig autark gestalten zu wollen. Wenn z.B. die Ellwanger Beschlüsse sogar ein Justizministerium der Gesamtrepublik vermeiden wolleg, dann werden wir auf dem kleinen uns verbliebenen Gebiet bald - um nur ein Beispiel anzuführen - soviel verschiedene Handelsgesetze oder Wechselordnungen haben, dass kein ausländischer Kaufmann sich mehr getrauen würde, Im- und Exportgeschäfte mit uns abzuschliessen, weil er einfach die Mannigfaltigkeit deutscher Eigenbrötlei nicht mehr zu übersehen vermag.

Diese Schwierigkeiten würde man wahrscheinlich noch erhöhen, wenn man - wie es die Ellwanger Beschlüsse zulassen - jedem Lande die Möglichkeit geben würde, seine eigenen Interessen in jedem ausländischen Staat selbst zu vertreten. Sollte man nicht lieber Lebensmittel und Rohstoffe für die starbende Bevölkerung einführen, als unsere königlichen Devisen für die Bezahlung einer sachsenburgischen Gesellschaft in Washington oder einer badisch-württembergischen Interessenvertretung in London oder einer hamburgischen Botschaft in Paris aufzuwenden?

Schliesslich hat man in Ellwangen geglaubt, die Deutsche Republik dadurch entmachten zu können, dass man sie, wie vor 1914, von den Brotsamen, die von der Länder Tiecke fallen, ernähren könnte, indem man alle Finanzhoheit den Ländern überträgt. Gewiss würde eine solche Regelung manchem Lande die Möglichkeit geben, sich, weil es von den Kriegsfolgen einigermaßen verschont geblieben ist, herauszuhalten aus einem allgemeinen Lastenausgleich. Man würde dann die schwerer betroffenen Länder mit ihrer ärmeren Bevölkerung noch mehr belasten müssen.

Mit einer Finanzhoheit der Länder müsste auch, wenn sie einen Sinn haben sollte, eine Differenzierung der Steuersätze verbunden sein. Jede Differenzierung aber etwa der Einkommenssteuer, des Lohnabzuges oder der Umsatzsteuer würde eine so starke Verschiebung aller Kalkulationsunterlagen mit sich bringen, dass das Preisniveau völlig durcheinander geraten müsste. Von solchen weiteren Sorgen sollte man die deutsche Wirtschaft unbedingt freihalten.

Für uns Sozialdemokraten sind gerade diese Fragen von besonderer Bedeutung, weil nur eine gleichmässige Verteilung unserer Armut die Folgen jener wirtschaftlichen Verwüstung aus den Jahren 1933 bis 1945 erträglich machen kann. Das sind ^{wir} unserer so schwer arbeitenden Bevölkerung, den verarmten Flüchtlingen aus dem Osten und den übrigen durch Krieg und Hitlerzeit in die bitterste Not gestossenen Bevölkerungskreisenschuldig.

Labour auf der Waage

Zum Pfingstparteitag in Scarborough

Von unserem GI-England-Mitarbeiter

Der diesjährige Parteitag der britischen Arbeiterpartei, der für die Pfingstfeiertage nach Scarborough einberufen ist, wird Fragen zu diskutieren haben, die für die Klärung innerhalb der Partei und, da die Labour Party alleinige Regierungspartei ist, auch für die englische Politik der nächsten Monate von höchster Bedeutung sind.

Die "Sensation" des Parteitages wird die Debatte über das Verhalten der Labour-Abgeordneten sein, die vor den italienischen Wahlen Anfang April ihre Namen unter ein Glückwünschtelegramm an Nenni gesetzt hatten. Ein Teil der Unterzeichner des Telegramms zog nachträglich die Unterschriften zurück, einer der Urheber des Telegramms, Platts-Mills, wurde aus der Parlamentsfraktion der Partei ausgeschlossen, die restlichen 21, darunter war neben Platts-Mills als kommunistenfreundlichster Labour-Abgeordneter bekannte Conrad Zilliaus, haben kurz vor Beginn des Parteitages eine Erklärung abgegeben, in der sie sich verpflichten, in Zukunft keine Auslandsbotschaften politischen Inhalts mehr auf eigene Faust zu versenden. Wenn die Nenni-Freunde nicht den Ausschluss aus der Partei riskieren wollen, werden sie aber vermutlich einen Rückzug antreten müssen, der weiter geht als diese Erklärung.

Der Parteitag wird sich freilich auch und in erster Linie mit der ausserpolitischen Linie der Partei überhaupt zu beschäftigen haben. Vor dem letzten Parteitag Pfingsten 1947 hatte die damalige Gruppe der Labour-"Rebellen" um Michael Foot und Richard Crossman die Broschüre "Keep Left" (Links halten!) veröffentlicht, die neben radikal planwirtschaftlichen Vorschlägen zur Innenpolitik eine engere Zusammenarbeit mit den europäischen Sozialisten und eine aktivere Unterstützung der Pläne zu westeuropäischer Einigung forderte. Ihre Kritik richtete sich vorwiegend gegen den Aussenminister Bevin, aber das abgelaufene Jahr hat gezeigt, dass Bevin manche der ausserordentlichen Forderungen der damaligen "Rebellen" erfüllt hat, denen die weltpolitische Entwicklung zu Hilfe kam. Die Ein-

gung Westeuropas, und im Zusammenhang damit der Marshallplan und die gemeinsame Aktivität der europäischen Sozialisten beim europäischen Wiederaufbau, werden das Hauptthema der aussenpolitischen Debatten des diesjährigen Parteitages sein. Dass damit die Frage der wirtschaftlichen und politischen Gesundung Deutschlands unlösbar verbunden ist, ist eine Einsicht, die sich in weitesten Kreisen der Labour-Party durchgesetzt hat.

So hat die Regierung diesmal vom Parteitag keine ernsthafte Opposition in aussenpolitischen Fragen zu befürchten, mit Ausnahme der wunden Punkte Palästina, Spanien und wohl auch Griechenland, die in Kreisen der Parteimitgliedschaft viel Kritik an der Regierung erregt haben. Auch die Stellung der Labour Party zu Churchills Westeuropa-Union dürfte diskutiert werden. Seine wichtigsten Entschliessungen wird auch in diesem Jahre der Parteitag der Labour Party zu Fragen der Innenpolitik zu fassen haben. Seit der Übernahme der Regierung durch die Labour Party sind mehr als zweieinhalb Jahre vergangen. Wichtige Erfahrungen mit der Verstaatlichung der Kohlenindustrie und des Verkehrs liegen vor, und die Ergebnisse der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung lassen sich überblicken. Die Partei hat Anlass zu berechtigtem Stolz auf das Geleistete; sie kann darauf hinweisen, dass dank ihrer Politik die schweren Krisen der Zeit nach dem ersten Weltkriege sich nach 1945 nicht wiederholt haben, dass Arbeitslosigkeit, Massenstreiks, Inflation und ein durch verführte Aufhebung der Bewirtschaftungsmassnahmen verursachtes soziales Chaos verhindert worden sind. Aber das bedeutet nicht, dass in den Kreisen der Partei über alle Fragen Einmütigkeit und Zufriedenheit besteht.

Gerade in letzter Zeit hat sich ein Gegensatz zwischen einem Teil des Gewerkschaftsflügels der Partei und dem Finanz- und Wirtschaftsminister Cripps bemerkbar gemacht: aus den Gewerkschaften heraus ist Kritik an den Lohnstopmassnahmen der Regierung geübt worden, mit dem Hinweis darauf, dass auch das letzte Budget, das eine einmalige Kapitalsabgabe vorsieht, die Profite der Unternehmer und Aktionäre nicht genügend erfasst habe. Auch über die Leitung der verstaatlichten Industrien wird man zu reden haben. Erst kürzlich hat sich der Fall ereignet, dass Bergarbeiter, die aus einem unwirtschaftlichen Kohlenbergwerk in ein produktiveres versetzt werden sollten, in den Streik traten und damit die Autorität der Planungsbehörde angriffen. Der Parteitag könnte durch eine offene Aussprache viel zur Klärung über die Stellung der Arbeiterschaft in einer sozialisierten Industrie und über die Notwendigkeit zentraler Lenkung beitragen. Die Regierung wird erneut den Grundsatz betonen, dass die Produktionssteigerung die erste Notwendigkeit ist, wenn die Exporte steigen sollen, von denen Englands Zahlungsbilanz und seine Lebensmittelversorgung entscheidend abhängen.

Schliesslich sind als vermutliche Diskussionspunkte die vom Unterhaus beschlossene Aufhebung der Todesstrafe und die beabsichtigte Beschränkung des aufschiebenden Oberhaus-Vetos auf neun Monate zu nennen. In dieser letzten Frage ist volle Einmütigkeit zu erwarten, ja man spricht davon, dass die Labour Party die Beseitigung der veralteten Rechte des nicht vom Volke gewählten Oberhauses zur Hauptparole ihres nächsten Wahlkampfes machen wird.

NWDR-Stat um 50 Prozent erhöht

sp. Nach Mitteilung des NWDR (Nordwestdeutscher Rundfunk) beträgt das Gesamtaufkommen an Hörerengebühren nach dem gegenwärtigen Stand jährlich 76 Millionen Mark. Gemäss der bisherigen Regelung hat der Rundfunk selbst hiervon die Hälfte erhalten, die andere Hälfte fiel an die Reichspost. Diese Regelung besteht seit der Gründung des Rundfunks vor nahezu einem Vierteljahrhundert unverändert. Künftig soll die Reichspost lediglich noch 25 % erhalten. Die gesamten übrigen 75% sollen an den Rundfunk selbst fallen. Dadurch würde der prozentuale Anteil des Rundfunks um die Hälfte erhöht. Dem Betrage nach ist die Erhöhung jedoch noch wesentlich grösser. Während man die Aufwendungen des NWDR im vorigen Jahre noch mit zwei Millionen Mark bezifferte, sollen sie sich jetzt auf vierdreiviertel Millionen Mark monatlich belaufen. Das bedeutet eine Steigerung um 137%. Die Erhöhung findet im Aufkommen einmal durch die Verringerung des Postanteils, im übrigen durch die Steigerung der Hörerzahl auf 3.170.000 ihre Deckung.

Die Entscheidung über die neue Finanzgebarung wird allein durch die Militärregierung fallen, die sich nach ihrer Auffassung in dem Rundfunkstatut das Recht hierüber vorbehalten hat. Die durch das Statut eingesetzten deutschen Organe, der Hauptausschuss und der Verwaltungsrat, sind hierüber lediglich nachrichtlich informiert worden.

In der Begründung heisst es, das Aufkommen von Hörerengebühren solle nicht wie bisher als eine Art indirekter Steuer angesehen werden, sondern ausschliesslich dem Rundfunk und kulturellen Zwecken dienen. Die Verpflichtungen des NWDR seien derart gross, dass der vorgesehene Betrag voll benötigt wird, um auf gleicher Basis mit den übrigen Sendern, insbesondere der russischen Zone, konkurrieren zu können, sowie um dringende Bau- und technische Pläne verwirklichen zu können. Niedersachsen und Schleswig-Holstein, bisher etwas vernachlässigt, verlangten dringend grössere Aufmerksamkeit. In Hamburg und Köln sei der Bau neuer Büros und Studios dringlich, wenn der NWDR bis zum 1. Januar 1950 in der Lage sein solle, getrennte Programme von Hamburg und Köln zu senden. Das Kölner Bauprogramm werde von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln warm unterstützt. Man hoffe, die erforderlichen Wellenlängen auf der europäischen Wellenlängenkonzferenz noch in diesem Sommer zu erhalten. Für die Erneuerung der grösstenteils unzureichenden und veralteten technischen Ausrüstung stehe neues Material erst jetzt in annehmbaren Mengen zur Verfügung. Schliesslich müsse der NWDR seine gegenwärtig recht konservative Schalts- und Honorarpolitik revidieren, da die Sender Berlins und der anderen Zonen Vorteile, wie zum grossen Teil steuerfreie Honorare, bieten.

12. Mai 1948

Tagesquote von 2.000 Heimkehrern nicht erreicht

sp. Entgegen den Behauptungen aus der Ostzone, dass täglich 2.000 Kriegsgefangene aus Russland heimkehren und vom Mai ab mit monatlich 100.000 Heimkehrern zu rechnen sei, ergibt sich nach den Feststellungen des Zentrallagers Münster der britischen Zone für die Zeit vom 29. März bis 25. April 1948 eine Heimkehrerquote von nur 1.200 Mann täglich. Im Durchgangslager Hof-Moschendorf wurden im Monat März sogar insgesamt nur 3.727 Ostheimkehrer durchgeschleust. In den letzten Heimkehrertransporten aus dem Osten befanden sich zwar auch Arbeitsfähige der Stufe II, doch ist der Gesundheitszustand der entlassenen Kriegsgefangenen immer noch besorgniserregend. Von den 750 Mann, die am 3. Mai im Durchgangslager Friedland bei Göttingen eintrafen, musste z.B. wie die Kriegsgefangenenhilfe der Sozialdemokratischen Partei feststellt, ein Drittel wegen Krankheit und Unternährung in Krankenhäuser eingewiesen werden. Der grösste Teil dieses Transportes stammte aus dem Lager 39 in Karaganda (Mittelasien), das ein Straflager ist, in dem keiner der Kriegsgefangenen Schreiburlaubnis bekam. Zur Zeit des Abtransportes war das Lager noch mit 1.200 Mann belegt. (M/B23/125/3/ae)

Vereinfachung der Verwaltung

sp. Sehr gründlich und sichtlich getragen von grosser Sachkenntnis entwickelt der Oberbürgermeister der Stadt Eserlohn, Werner Jacobi, in einer im Westdeutschen Verlag, Köln, erschienenen Broschüre seine Gedanken zur Vereinfachung der Verwaltung. Es handelt sich dabei um die Wiedergabe eines Referates auf der Goslarer Tagung des Hauptausschusses des deutschen Städtetages im vorigen Jahr. Der Grundzug dieser Darlegungen, an denen keine ernsthafte Bemühung auf diesem Gebiet vorübergehen dürfte, ist folgender: Die Verwaltungsreform muss sich das Ziel setzen:

1. Einen grösstmöglichst einfachen und durchsichtigen Verwaltungsaufbau zu schaffen, aus dem jede entbehrliche Instanz ausgeschaltet ist und in dem in allen Stufen der Grundsatz der Einheit der Verwaltung durch Beseitigung jeder entbehrlichen Sonderbehörde verwirklicht wird;
2. die sachliche Verwaltungstätigkeit so einzuschränken, dass bei ausreichender Betreuung der Bevölkerung in allen lebenswichtigen Fragen jeder darüber hinausgehende Aufwand vermieden wird;
3. durch diese Massnahmen die personelle Besetzung in den verbleibenden Dienststellen auf das vertretbare Mindestmass zurückzuführen und gleichzeitig den Leistungsstand dieser Dienststellen in jeder möglichen Weise zu heben.

Noch ist Entscheidendes zur Einleitung einer echten Verwaltungsreform nicht geschehen. Umso notwendiger ist es für alle an diesen Fragen interessierte Personen, Dienststellen und Behörden, sich sehr genau mit dieser ausserordentlich wichtigen, aber nicht einfachen Materie zu befassen.

Verantwortlich: Peter Raunau